



Pseudo-Bürger*innen-Beteiligung – Hagenmarkt Letzte Robinien von Fällung bedroht!

Die Fällungsabsicht wurde auf einem der „Bürgerworkshops“ aus „Gestaltungsgründen“ respektlos in einem Nebensatz kundgetan, als ob die Bäume keinerlei Wichtigkeit für das Klima, das Stadtklima und unser Wohlbefinden hätten. Robinienblüten verströmen einen betörenden Sommerduft.

Sie wurden von der Stadt mit Zugversuchen auf ihre Sicherheit überprüft. Sie haben über 50 Jahre lang ALLEN Stürmen widerstanden. Wertvolle alte Bäume kann man nicht neu pflanzen! Mit welchem Recht dürfen Stadtverwaltung (Hr. Hornung) und Büro Ackers hier ein weiteres Stück unseres Klimas – unserer Zukunft – zerstören? Angesichts des dritten Dürrejahres in Folge (Klimakatastrophe) sehen wir überall in der Stadt sterbende Bäume. Umso lohnender ist es, Planungen so zu gestalten, dass große Bäume erhalten werden. Sie kühlen und halten das Wasser. Die Hagenmarktrobinien benötigen keine Wassersäcke oder andere Bewässerungsmaßnahmen. Bitte planen Sie Bäume dort, wo Bäume fehlen, nicht dort, wo schon Bäume stehen!

Auch der mit 92 %-iger Mehrheit vorgebrachte Wunsch der Bürger:innen nach einer starken Reduktion des

Autoverkehrs fand keine Beachtung. Ein Untersuchungsauftrag an das Verkehrsbüro WVI wurde mit gegenteiliger Aufgabenstellung erteilt. Die „Vorzugsvariante“ reduziert zwar die Autofahrspuren, erhält aber trotzdem die Leistungsfähigkeit für den Kfz.-Verkehr.

Wir kritisieren die geplante starke Versiegelung und dass zu wenig und keine großkronigen Bäume geplant sind. Außerdem sollte die Haltestelle auf dem Bohlweg verlegt werden auf den Hagenmarkt in die Nähe der geplanten neuen Ost-West-Haltestelle.

Die angebliche Bürgerbeteiligung war aus unserer Sicht eine reine Alibiveranstaltung. Mehrere Bürger*innen und -initiativen haben Ideen und ganze Planungsvorschläge dort eingebracht (von uns: „Amphitheater“ und „Hagenwald“). Diese wurden zwar erwähnt, in den Workshops aber ignoriert, wie auch der vielfach vorgebrachte Wunsch nach dem Erhalt der Robinien. Die Rolle der Teilnehmer*innen wurde darauf beschränkt, verschiedene Entwurfsvarianten des Büros Ackers zu diskutieren und zu bewerten. Die Bürger*innenvorschläge wurden nicht diskutiert!

update auf Seite 5
Bürgerinitiative Baumschutz
Edmund Schultz



Vorbild-Medaille zu Unrecht an Hr. Lehna/Wolters vergeben?

Äußerst freche Stellungnahme der Wolters-Leute zur Kritik des Oberbürgermeisters und des Rates

Der OB hatte im Nachhinein zum Wolters/BRAWO- Verwirrspiel gesagt: „Kritik an der Transparenz habe ich auch und frage mich, warum man nicht mit uns gesprochen hat ...“ (BZ, 16.7.2020). Nun kontert der Wolters-Mann Lehna, er sehe es nicht als seine Aufgabe, „Räte zu informieren“ und ergänzt lax, er habe auch nicht den OB informiert, Punkt! (BZ, 29.7.2020)

Ist das ein vorbildliches Verhalten?

Immerhin genießt Herr Lehna seit Verleihung der Bürgermedaille aus der Hand des OB's vor gut einem

Jahr eine besondere Ehre. Das muss man sich mal vorstellen: Er lässt Rat und OB im Glauben eines Immobiliengeschäftes mit Wolters, wohinter sich aber stattdessen ein verdecktes Verkaufs-Geschäft mit der Volksbank BRAWO verbirgt. Die damit verbundene Geheimniskrämerei war den Akteuren dabei so wichtig, dass sie nicht mal die zweimalige Grunderwerbs-Steuer in Höhe von mehreren 100.000 Euro scheuten. Wie wäre es, den gar nicht so vorbildlich handelnden Personen die Vorbild-Medaille abzuerkennen bzw. den Akteuren die Rückgabe der drei Medaillen nahezu legen?

Schieflagen bei der städtischen Wolters-Rettung...

Ja, da erblasst sogar der eigentlich Kupfer-rote Braukessel im Garten.



- Grüne wie Linke fühlen sich hintergangen (...hätten wir das am 19.5. gewusst, hätten wir nicht zugestimmt

..., oder so ähnlich). Naja - nachträgliches Jammern hilft nicht, die Immobilie ist weg. BRAWO-Volksbank und Wolters-Gesellschafter dürften das Knallen der Sektkorken bereits hinter sich haben.

Warum also noch darüber reden? Um es mal deutlich zu sagen: der Rat wurde am 19.5.2020 durch ein kurzfristiges Schreiben der Finanzverwaltung / Stadtrat Geiger massiv in die Irre geführt.

Darin wurde gegen ein vorsorgliches Rückfallrecht zugunsten der Stadt im Spekulationsfall argumentiert, bräuchte man nicht, man hätte ja das Vorkaufsrecht ...

Volksbank BraWo wie im Goldrausch - Stadt im Ausverkauf - Alles muss raus

Die Volksbank sagt der Stadt wo's langgeht
Sensationelle, geradezu obszöne Mieten mit 14 €/qm Anfangsmiete will die Stadt für die Anmietung des neuen Büroturms für die Verwaltung zahlen. Wohlgermerkt, unser Steuergeld, das doch angeblich verantwortungsvoll verwaltet wird und derzeit besonders knapp ist.

Finanzdezernent Geiger (CDU) hat wohl keinen Schimmer vom Büromietmarkt, auf dem derzeit 9 €/qm bezahlt werden und der zudem leicht rückläufig ist.

Hinzu kommt: Die Corona-Krise wird signifikante Auswirkungen auf den Büroflächenbedarf haben, so die Erwartung in der Büro-Immobilien-Branche. Geht die Stadt etwa davon aus, dass sich über die Dauer des Miet-

vertrags mit der BraWo an der Arbeitsplatzgestaltung nichts ändern wird? Kommunale Verwaltungsbüros sind doch geradezu prädestiniert für das Homeoffice. Frage: Braucht es überhaupt so langfristig (30 Jahre Mietvertrag) so viel Bürofläche, wenn viele Büroplätze zukünftig wegfallen? Verschließt sich hier die Stadt vor zukünftigen modernen Arbeitsbedingungen? Wenig professionell ist auch der Umgang mit den städtischen Ausstattungsbedürfnissen für den noch zu bauenden Büroturm. Zwei Millionen Euro extra legt die Stadt für die Bank da noch mal drauf. Ein Super Deal für die Volksbank - schlecht für die Kaufkraft in der Innenstadt, wenn nun auch noch Hunderte von Stadtangestellten ihre Einkäufe abseits der Innenstadt im BRAWO-Park tätigen werden.



So soll es mal aussehen.
Montage und Foto: Stadt Braunschweig

Nach der Spielhalle das Bordell

Eine Akteneinsicht der BIBS-Fraktion ergab: Der Beschluss vom 6.3.2001 zur „Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen“ wurde ignoriert.



bereits 2010 begann an der Berliner Str. der Abwärtstrend mit dem Bauantrag für ein „Entertainment-Center“. Da ging es um die Spielhalle an der Berliner Straße 52.

Vergnügungsstätten seien ausnahmsweise zulässig, ein Bebauungsplan bestehe nicht, da eine Wohnbebauung nicht unmittelbar existiere und auch sonst keine schutzbedürftigen Nutzungen vorhanden seien, so die Bauverwaltung.

Obwohl man im Rathaus schon damals wusste: „Die Einrichtung von Glücksspielhallen unterstützen die Entstehung neuen menschlichen Elends.“ (Fazit aus der Vorlage 10786/10 zum PIUA vom 28.4.2010)

Wirtschaftsförderung für Abwärtsspirale ... auf Seite 3

Prostitution - das nordische Modell

Die Frauenrechtsorganisation SOLWODI hat eine grundsätzliche Debatte zu Prostitution angestoßen: Prostitution ist eine Gewaltfrage, mit Zwang, Ausbeutung und Diskriminierung z.B. aufgrund von Armut und Perspektivlosigkeit.

Vielen geht das zu weit. Die Grünen z.B. fordern, „Sexarbeit differenziert zu betrachten und in der Debatte auf Verallgemeinerungen, die etwa Sexarbeit mit Menschenhandel oder Freier mit Kriminellen gleichsetzen, zu verzichten.“

Die Erfahrungen von SOLWODI sind ernst zu nehmen.

Das nordische Modell verbietet den Sex-Kauf, bestraft die Freier, verfolgt aber nicht die Prostituierten.





Anwohner-Klage erzeugt Reaktionen

Die Klage von Anwohnern gegen die Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler hat nach siebenjähriger Prüfung der Strahlengenehmigung durch das Landesumweltministerium endlich zu einer Reaktion geführt.

Erster Schritt in die richtige Richtung oder Mogelpackung?

Mit großem Bohei kündigte das Niedersächsische Umweltministerium gegenüber dem Verwaltungsgericht Braunschweig an, die Genehmigungen für Eckert & Ziegler in 3 Schritten zurückzunehmen zu wollen. Nun liegt der erste Bescheid vor.

Darin wird deutlich, dass Eckert & Ziegler seit 2004 zu viel Radioaktivität in die Luft pusteten durfte. Es ist nur der Arbeit der BISS zu verdanken und letztlich der Klägergruppe vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig, dass sich überhaupt etwas zu ändern scheint.

Jedoch muss festgestellt werden, dass in diesem Schritt, der die Werte für Abluft und Abwasser neu regelt, auch immer noch wesentlich mehr Radioaktivität ausgestoßen werden darf als es in den Tabellenwerten der Strahlenschutzverordnung vorgesehen ist. Aus dem Schreiben des Ministeriums kann nicht geschlossen werden, wie

die neuen, immer noch sehr hohen Werte zustande kommen. Berechnungsgrundlagen, Annahmen und Rechenwege fehlen gänzlich. Die Kläger bedauern diese Undurchsichtigkeit sehr. Sie fürchten, dass umfangreiche Akteneinsichten und letztendlich Gutachter in dieser Sache eingeschaltet werden müssen, damit die Angelegenheit vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig entschieden werden kann.

Inzwischen ist klar, dass die von Eckert & Ziegler beauftragte Störfallanalyse von falschen Annahmen ausging und daher die radioaktiven Gefahren erheblich unterschätzte.

Daher bleibt die Frage: Ist die Bevölkerung auch durch die immer noch sehr hohe radioaktive Abluft-Genehmigung des aktuellen Bescheides nicht-akzeptablen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt? Die Möglichkeit einer für alle Beteiligten nachvollziehbaren Lösung ist noch nicht in Sicht. Es ist daher essenziell wichtig, dass der Rechtshilfefond Strahlenschutz e. V. weiter unterstützt wird. Nur so kann von den Anwohnern vor dem Verwaltungsgericht in Braunschweig eine akzeptable Lösung für die Bevölkerung im Braunschweiger Land erstritten werden.

BISS e.V.

Behörden gefährden Braunschweig
Jetzt klagen BürgerInnen für eine Reduzierung der Strahlengefährdung

Mit euch - für euch

Tanklager: zusätzliche Gefährdungen im Norden

Das ehemalige Tanklager und jetzige Düngemittellager in Braunschweig-Thune soll um die Lagerung und Verarbeitung gefährlicher Stoffe erweitert werden.

Wie das Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig unter „Bekanntmachungen“ mitteilte, hat die Firma Soepenberg (Düngemittel) einen Antrag auf eine Erweiterung ihrer Genehmigung zur Lagerung von „ungefährlichen“ Düngemitteln gestellt.

„Die Änderung umfasst:“

- die Erweiterung des Tanklagers um zusätzliche Tanks inkl. zugehöriger Rohrleitungen, Sicherheitseinrichtungen und Abfallflächen,
- die Errichtung und der Betrieb einer Verarbeitungshalle mit einem Misch- und Heizbehälter sowie Lagerflächen für Feststoffe,
- die Erweiterung des Abfall- und Stoffkatalogs um 46 Abfälle/Stoffe,
- die zeitweilige Lagerung von insgesamt 22.695 t gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen,
- die Behandlung von 6.000 t/d [Tonnen pro Tag] nicht gefährlicher Abfälle und 150 t/d [Tonnen pro Tag] gefährlicher Abfälle.

Wie die Nuklearfirma Eckert & Ziegler und die Chemiefirma Buchler liegt auch das Düngemittel-/Abfalllager direkt neben der Wohnbebauung. Muss das wirklich sein, ein radioaktives Zwischenlager mit einer radioaktiven Müllbehandlungsanlage (Eckert & Ziegler), ein chemischer Betrieb und ein großes Lager mit tausenden Tonnen Abfalls (Soepenberg) in direkter Nachbarschaft zur Wohnbevölkerung? Damit verfestigt sich der unfreiwillige Status des Braunschweiger Nordens als Standort für gefährliche Betriebe - ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Bevölkerung und ohne nachvollziehbare Risikobewertung.

Dass in dieser Gemengelage mit Wendem-West ein neues Wohngebiet mit angrenzendem Gewerbegebiet entstehen soll, das die Wendener Bevölkerung nahezu verdoppeln wird, ist unter diesen Umständen unverständlich. Offensichtlich werden nicht einmal die jetzigen Bewohner ausreichend geschützt. Ganz zu schweigen davon, dass durch zunehmenden Lärm und Verkehr und durch die wachsenden Gefährdungen die Lebensqualität stark beschnitten wird.

Peter Meyer, BISS e.V.



zur Stärkung der Biosphäre (Baumpflanzungen) vornehm, wurde am 5.11.2020 mit Vorlage 20-14545 geantwortet: „Ergänzende CO₂-Ersatzmaßnahmen in Braunschweig sind zwar nicht erforderlich, geschehen aber aus freiem Entschluss seitens BS|Energy. So beteiligt sich BS|Energy unter anderem an der Renaturierung der Schunter.“

red

Rauchende Schloten statt Innovation

Schönfärberei um ein neues Heizkraftwerk, welches auf die längst überholte Technik der VERBRENNUNG von Materialien setzt.

In der Werbung tut man aber so, als sei man damit der Nabel der Welt bei Innovation, Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit mit grünem Wasserstoff, mit Energie aus Windkraft und Photovoltaik (s. Bild unten rechts). Bloß, nichts davon trifft auf Braunschweig zu - leider. Die Werbung suggeriert: man sei mit den Kraftwerksplänen „zukunfts-fähig“. Links im Bild für 2000 noch die rauchenden Schloten, rechts für 2040 Photovoltaik (PV) und unten ein Windrad.

Kein Windrad, keine Photovoltaik auf der Taubenstraße

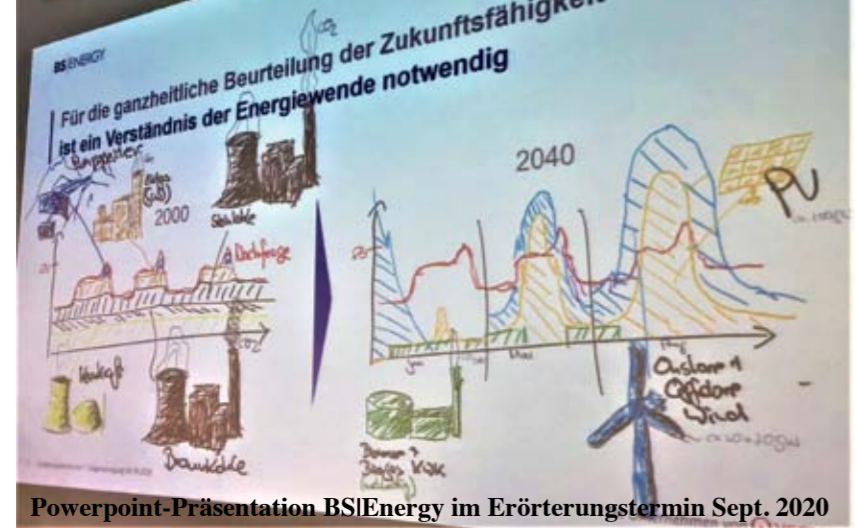
Man sei damit sogar „Vorreiter“ im Sinne der Ziele des Pariser Abkommens! Was für eine Veräppelung der Öffentlichkeit, denn es ist genau umgekehrt: Der Schlot soll weiterrücken, nur nicht mit dem Brennstoff Kohle, sondern nun mit Holz (Sperrmüll, Bahnschwellen etc.). BS|Energy hat weder ein Windrad, noch die Pläne zum Bau eines solchen, man hat nicht mal eigene Solarkollektoren für Photovoltaik auf den eigenen Dächern in der Taubenstraße nicht.

Null Solarenergie, Null Wasserstoffproduktion, und auch kein Wasserstoff-Energiespeicher bei BS|Energy. Man stößt übrigens demnach genauso viel CO₂ aus dem hohen Schornstein aus, wie mit der Kohleverbrennung ... und - das ist der Punkt - man wandelt eben NICHT das ausgestoßene CO₂ in neue Wälder und Bäume in Braunschweig um, worauf man sich aber in der sogenannten CO₂-Bilanz zur angeblichen Klima-Neutralität der Holzverbrennung ständig beruft. So auch die offizielle Stellungnahme der Stadt vom 17.9.2020 auf unsere Anfrage zur Nachhaltigkeit des neuen

HKWs: „Klimaneutrale Gase, insb. grüner Wasserstoff, werden zukünftig für BS|Energy eine wichtige Rolle spielen.“ (Stellungnahme 20-14262-01 im Finanzausschuss 17.09.2020).

Machbarkeits-Initiative „H 2 Mehrum“

Das hört sich erst einmal gut an - gerade noch hatte sich BS|Energy vom Gemeinschaftskraftwerk Mehrum verabschiedet. Allerdings ging es da um „Kraft“, also Strom, womit sich BS|Energy bekanntlich infolge spektakulär negativer Stromverträge mit e.on völlig verspekuliert hatte. Nun



Powerpoint-Präsentation BS|Energy im Erörterungstermin Sept. 2020

Doch nicht Würgassen? Doch Braunschweig?

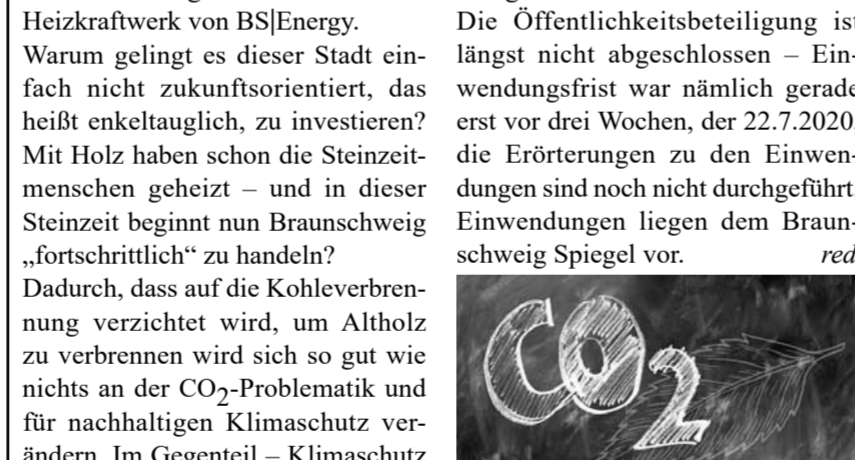
Das geplante „Atommüllzwischenlager Konrad“, oder „Logistikzentrum Würgassen“ findet streitbare Gegner. Aktuell hat die Bezirksregierung Detmold den Plan für das „Logistikzentrum Würgassen“ abgelehnt. Nach Ablehnung des Zentrums in Würgassen rutscht der Standort Bechtsbüttel ganz nach vorne. Bechtsbüttel bei Braunschweig ist nicht weit entfernt von Eckert & Ziegler, der Atomfirma neben Schulen und Wohnhäusern. Auch dieser Standort wird von der BISS mit guten Gründen abgelehnt.

CO Zwei - Zauberei Schönfärberei um ein neues Heizkraftwerk

Immer wieder gelingt es BS|Energy im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat, der die politische Verantwortung trägt, die Braunschweiger Bürger*innen sowie die Kunden*innen zu überraschen. Alle Welt redet von Klimawandel, Biodiversität und Nachhaltigkeit, und Braunschweig baut ein Kraftwerk zum Verbrennen von Biomasse! Braunschweig entscheidet sich also nachhaltig für CO₂- und Dioxin-Emissionen. Zusätzlich muss

das Braunschweig auch Wälder verfeuern wird - falls erforderlich. Das wäre dann der Beitrag der Stadt zum nachhaltigen Klimaschutz. Braunschweig hat sich entschieden, den Umwelt- und Klimaschutz zu unterbelohnen - dafür sorgt das neue Biomasse-Heizkraftwerk von BS|Energy. Warum gelingt es dieser Stadt einfach nicht zukunftsorientiert, das heißt enkeltauglich, zu investieren? Mit Holz haben schon die Steinzeitmenschen geheizt - und in dieser Steinzeit beginnt nun Braunschweig „fortschrittlich“ zu handeln? Dadurch, dass auf die Kohleverbrennung verzichtet wird, um Altholz zu verbrennen wird sich so gut wie nichts an der CO₂-Problematik und für nachhaltigen Klimaschutz verändern. Im Gegenteil - Klimaschutz

ist längst nicht abgeschlossen - Einfahrungsfrist war nämlich gerade erst vor drei Wochen, der 22.7.2020, die Erörterungen zu den Einwendungen sind noch nicht durchgeführt. Einwendungen liegen dem Braunschweiger Spiegel vor.



Aber Achtung: das ist erst nur ein Gemeinschaftsabschluss für „die erste Phase im Rahmen einer Machbarkeitsstudie“. Immerhin - die immer größere Kritik am Umbau des Kohle-Heizkraftwerkes hin zum (Abfallholz-)„Biomasse-HKW“ an der Uferstraße zeigt wohl Wirkung. Im aktuell bereits begonnenen Neubau sind allerdings überhaupt keine Neueuerungen hin zu Sonnenkraft und Wind vorgesehen: weder Sonnenkollektoren (nicht einmal auf den eigenen Dächern von BS|Energy auf der Taubenstraße), noch irgendein Windrad, nicht einmal irgendwo auswärts als Beteiligung. Es wäre zu hoffen, dass mit dem neuen Wind-Plänen und Ankündigungen bei BS|Energy nicht nur der zunehmende wachsenden Kritikergemeinde buchstäblich der Wind aus den Segeln genommen werden soll.

ros

Lagebericht zum Flughafen gefordert

Airbus-Parkplatz für nicht ausgelieferte Maschinen, gestartetes Planänderungsverfahren, dramatischer Rückgang der Flugbewegungen durch Corona - die Lage am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg stellt sich in den Medienberichten der letzten Tage komplett anders dar, als in den offiziellen Berichten und Plänen an die Verwaltung und Politik.

Die BISS-Fraktion kritisiert die mangelnden Informationen an die zuständigen Gremien und fordert von Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft einen realistischen Lagebericht. „Obwohl gerade im letzten Finanzausschuss am 02.07.2020 ein Lagebericht

zum Flughafen auf der Tagesordnung stand und der Geschäftsführer nach den finanziellen Ausfällen auf Grund der eingebrochenen Flugbewegungen von mir befragt wurde, gab Herr Schwarz weder Auskunft über die nun in der Braunschweiger Zeitung (BZ) vom 15.07.2020 offenbarten Zahlen („Wir rechnen mit Verlusten von 50%“), noch berichtete er von der in der BZ vom 16.07.2020 nachzulesenden Absicht, einen Teil der zusätzlichen Verluste zu mildern, indem ab August überzählige Airbus-Flugzeuge auf der Landebahn geparkt werden sollen,“ erklärt BISS-Ratsherr Peter Rosenbaum.

Der Flughafen birgt für die Städte Braunschweig und Wolfsburg seit der Landebahnerweiterung große finanzielle Risiken. Die Kostendeckung war schon vor der Coronakrise auf

Die Lügerei geht weiter

Wenn man etwas verstecken möchte, gibt es 2 Möglichkeiten.

Möglichkeit eins: nichts sagen oder tun, was den Argwohn derer wecken könnte, vor denen man etwas verstecken möchte.

Möglichkeit zwei (viel besser): tue so, als ob es gar nichts zu verstecken gibt, gründe z. B. einen Runden Tisch und gib dir den Anschein, dich inhaltlich mit dem Thema beschäftigen zu wollen. Dabei steht die Entscheidung doch längst fest - nur wissen das noch nicht alle am Tisch.

Im Runden Tisch zur Frage der Verkehrslösung im Nordosten Braunschweigs ist genau nach Möglichkeit 2 verfahren worden. Ein Stadtbaurat, ein Landtagsabgeordneter, ein Aufsichts-

ratsvorsitzender, ein Geschäftsführer Flughafen, ein Verkehrsgutachter, zwei Ratsmitglieder und ein Bezirksbürgermeister mit Stellvertreterin saßen zusammen am Runden Tisch. Und was ist rausgekommen?

Genau - NICHTS.

Es wurde der Anschein erweckt, man könne über mögliche Lösungen reden, um die Hinterhoflage zu verbessern, während im Hintergrund fleißig an der Zementierung der Nulllösung gearbeitet wurde.

Pantazis vor Ort am 19.03.2019 in Binrode: in Anwesenheit des Geschäftsführers der Flughafen GmbH Michael Pantazis und der Aufsichtsratsvorsitzenden Matthias Disterheft gefragt, ob sie sich für eine Ostumfahrung einsetzen, beide bejahen dies und natürlich werde man sich für die Menschen vor

Tatjana Jenzen, stellv. Bezirksbürgermeisterin

Kampf um die Blutbuche in Waggum

Die unbestreitbar schöne Blutbuche in Waggum. Die Fehlplanung des Neubaus muss Folgen haben: nicht für

den Baum sondern für den Neubau. Die Stadt ist dafür verantwortlich. Die Bürgerinitiative Baumschutz, hat im



September drei Mahnwachen an der ortsprägenden, ca. 300 Jahre alten Blutbuche in Waggum veranstaltet. Anlass ist die Sorge um den prächtigen Baum, der seit kurzem, wie von der BI vorgeschlagen, vom Rat der Stadt zum geschützten „Naturdenkmal“ erklärt wurde. Hoffentlich nicht zu spät, um den prachtvollen Baum am Leben zu erhalten! Das Grundstück wird derzeit neu bebaut. Der große Neubau rückt so nahe an den Baum heran, dass schon im Zustand des Rohbaus die Zweige an die Wände stoßen. Ganz offensichtlich können Baum und Haus so nicht nebeneinander bestehen. Die BI Baumschutz stellt die Mahnwachen unter das Motto: „Der Baum war zuerst da“ und fordert den Rückbau des Hauses an dieser Stelle sowie generell die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung. Silke Arning

Anzeige wegen Stromliefervertrag

Stromliefervertrag der Stadt/BS|Energy war „Risikogeschäft“ - aber nicht „pflichtwidrig“ und auch nicht „vorsätzlich“

Der Strafrechts-Paragraph 266 besagt: „Wer die ihm durch Gesetz, behördlichen Auftrag oder Rechtsgeschäft eingeräumte Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen oder einen anderen zu verpflichten, mißbraucht oder die ihm kraft Gesetzes, behördlichen Auftrags, Rechtsgeschäfts oder eines Treueverhältnisses obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen wahrzunehmen, verletzt und dadurch dem, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hat, Nachteil zufügt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Nach der Anzeige gegen die Verant-

wortlichen des Stromliefervertrages mit E.on (Ex-OB Hoffmann, Vorstandschefs Mounier, Anfang und Krauel sowie Dez. Geiger) wegen Untreue nach § 266 StGB vom 29.1.2020 hat die Staatsanwaltschaft im Sommer mitgeteilt ...

- „In der Tat lag dem Abschluss des o. g. Stromliefervertrages ein Risikogeschäft vor“
- „Allerdings führt nicht jeder Verlust, jede nachträgliche, als solche erkennbare, Fehlentscheidung zu einer Strafbarekeit.“
- Sondern es sei „vielmehr eine Pflichtwidrigkeit in dem Sinne erforderlich,

...weiter von Seite 1
Wirtschaftsförderung für Spielhalle und „Entertainment“?

Die BIBS fragt
1. wieso die städtische Wirtschaftsförderung diesen Betrieb sogar als förderwürdig eingestuft hat? (Vorgang dazu Anfang Mai 2010 der AG Wirtschaftsförderung)
2. ob tatsächlich mit Parkplätzen auf



„Der Mietvertrag mit der Spielbank ist noch nicht unterschrieben.“

In das Gebäude am Bohlweg, das Friedrich Knapp gehört, soll nach dem Willen der Stadt die neue Spielbank einziehen. Diese überraschende Aussage von Friedrich Knapp, dem Eigentümer des Reinicke & Richau-Hauses, lasen wir am 8.10.2020 in der Braunschweiger Zeitung. Als Begründung für sein Zögern nennt Knapp die fehlende Qualität der Ansiedlung: „Das ist eine Bude wie die anderen Spielhallen auch. Die stellen zwei Tische rein und 100 Daddel-Automaten.“

Mit Verlaub: Deutlicher kann man es nicht sagen!

Das Projekt bezieht sich auf den Mietvertrag mit der Spielbank Niedersachsen GmbH, mit dem der Umzug der Spielbank von Bad Harzburg nach Braunschweig besiegelt werden soll. In mehreren Artikeln berichtete und kommentierte der Braunschweiger Spiegel bisher die geplante Neuan-siedlung der Spielbank. Spielbank: Sozialpolitik spielt bei Baugenehmigungen keine Rolle? Spur des Geldes
Spielbank: Wie spielt die Verwaltung mit Rat und Bürgern?
Man kann sich jetzt gut vorstellen, mit welchen Argumenten die Spielbanken vorgehen, um bei Friedrich Knapp an die Unterschrift im Mietvertrag ranzu-

kommen. „Es gibt doch einen Riesenunterschied zwischen einer Spielhalle und den Spielbanken! Spielbanken unterliegen den Regeln des Glücksspielstaatsvertrages und damit wird eine gute Suchtprävention betrieben. Gefährdete Spieler können sich einer Selbstperre unterziehen oder erhalten nach Meldung z. B. des Personals eine Fremdsperre.“ Soweit die Theorie. In der Praxis zeigt sich, dass Fremdsperren nur sehr selten ausgesprochen werden (damit schädigt sich die Spielbank ja selbst!) und ein Viertel der gesperrten Spieler berichten, dass sie trotz Sperre weiterspielen durften. Offenbar ist die Spielersperre ein zahlloser Tiger. Hinzu kommt noch, dass die Automaten der Spielbank im Gegensatz zur Spielhalle praktisch keine Grenzen haben bei Einsatz und Gewinn, was die Suchtgefährdung deutlich erhöht.

Die Argumente der Spielbankbetreiber sind nicht belastbar.

Herr Knapp hat sich bisher verantwortungsbewusster gezeigt als die Braunschweiger Verwaltung und die meisten Ratspolitiker. Herr Knapp, unterschreiben Sie den Mietvertrag bitte nicht! Die Bürger*innen der Stadt werden es Ihnen danken!

Text und Foto B. Piest



den Reihen der Verantwortlichen. In der letzten Ausgabe Nr. 24 der BIBS-Zeitung war kurz über den für die Stadt bzw. für BS|Energy verlorenen Prozess gegen E.on berichtet worden. Noch bis zum Urteil hatte der Stadt-Kämmerer Geiger rd. 100 Mio. € als Gewinn in die mittlere Finanzvorschau der nächsten Jahre eingebucht und nun klammheimlich ausgebuucht.

Das zugrundeliegende spekulative Geschäftsmodell („virtuelles Kraftwerk“) war noch zu Zeiten von Ex-OB Hoffmann im Jahre 2004 eingefädelt worden. Seitdem es 2011 im Finanzausschuss ruckbar wurde, waren Nachfragen seitens der BIBS arrogant von Hoffmann abgewehrt worden ... dieses geniale Geschäftsmodell verstanden die Fragesteller nicht ... Anträge auf Akteneinsicht hatte Hoffmann damals

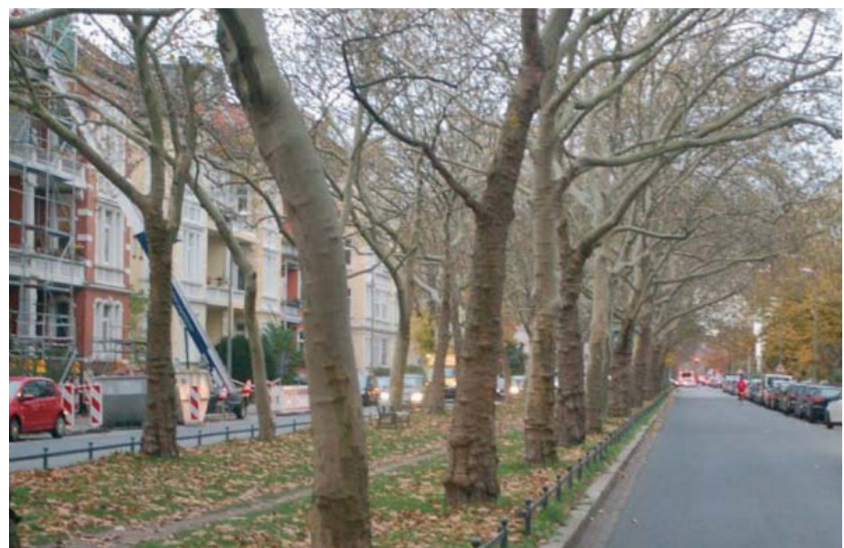
verweigert mit der Begründung, dass die genannten Verträge der privaten Firmen (BS|Energy und E.on) nicht Akten im Sinne der Kommunalverfassung seien. Außerdem sei den städtischen Aufsichtsratsmitgliedern die Weitergabe von solchen Geschäftsgeheimnissen untersagt. Soweit zur Historie und der durchaus zu unterstellenden Vorsätzlichkeit. Der Ball liegt im Feld des Rates und der Kommunalaufsicht, denn grundsätzlich ist die Spielerei mit öffentlichen Geldern untersagt. Aber eine strafrechtliche Verfolgung politischer Akteure wäre in Braunschweig nach Stiftung Seniorenhilfe, Mundstock und Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz eine echte Premiere. Rosenbaum





„Im Zweifel für den Angeklagten“ – in Braunschweig ungültig?

Der Streit um die Jasperallee-Ahorne hatte ein juristisches Nachspiel. Zweimal gab es Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen willkürlich ermittelte Ehrenamtliche aus der Bürgerinitiative Baumschutz. Ihnen wurde vorgeworfen, Plakate an Bäumen „angebracht oder dies veranlasst zu haben“. Die Angeklagten bestritten die Vorwürfe.



Die Jasperallee mit ihren Silberahornen wie wir sie erhalten wollten. Foto: BI Baumschutz

Das Brisante an der Sache: für beide Vorwürfe gibt es keinerlei Beweise. Trotzdem hat das Amtsgericht die Person im ersten Verfahren verurteilt. Dazu Klimaschutzler Edmund Schultz: „Der Hammer war, dass das Urteil schriftlich überhaupt nicht begründet wurde! In der Verhandlung hat die Richterin als Grund nur angeführt, dass sie sonst niemanden hätte. Das Urteil kam für uns völlig überraschend, denn

der Grundsatz, „im Zweifel für den Angeklagten“ war nicht einmal nötig, da weder Beweise noch Indizien vorgebracht wurden. Baumschützerin Birgit Huvendieck ergänzt: „Angeklagt war eine/r, gemeint wir alle. Das Ordnungsamt wurde aufgrund eines Hinweises aktiv. Vorher wurden die freundlichen Baumplakate an den Jasperallee-Ahornen viele Wochen lang toleriert. Es ging also offensichtlich darum, engagierte Bürger:innen einzuschüchtern. Die Preisfrage ist: Wem war unser Widerstand gegen die Fällungen ein Dorn im Auge? Wer hat genug Einfluss, das Amt zum Handeln zu bewegen? Wieso konnte die Zeugin aus dem Amt vor Gericht den Namen nicht nennen? Zur Erinnerung: für die Fällungen gestimmt haben CDU, FDP und SPD...“

„Bürgerinitiativen und alle, die sich gegen Entscheidungen der Stadtverwaltung wehren, sollten mundtot gemacht werden. Dagegen haben wir uns natürlich zur Wehr gesetzt und wären notfalls bis nach Karlsruhe gegangen. Es kann nicht sein, dass in Braunschweig die Grundrechte der Bürger:innen missachtet werden!“ bekräftigt Baumschützerin Brigitte Dittrich.

Da das erste Bußgeld unter der Grenze von 250 € war, konnte keine Revision eingeleitet werden und das strittige Urteil war rechtskräftig. Die BI Baumschutz bittet daher um Spenden für die Anwaltskosten auf das Konto der reka e. V., IBAN DE29430609674086516400 mit dem Stichwort „Baumschutz“ und ggfs. „Spendenbescheinigung erbeten“.

Eventuelle Spendenüberschüsse sollen der weiteren BI-Arbeit zu gute kommen wie z. B. dem Engagement für Viewegs Garten und die Bäume am Hauptbahnhof, für eine Gehölz- Schutz- und Förder-

setzung oder für einen Klimahaushalt, der auch Mittel für eine ausreichende Bewässerung der Bäume und Sträucher sowie für Neupflanzungen in großem Stil vorsehen soll.

Erfreulicher für die BI ging Ende Juli 20 der zweite Prozess aus: Da die Beweislage nicht nur dünn, sondern gar nicht vorhanden war, hat diese Richterin das Verfahren eingestellt. Den Baumschützer/innen gefiel insbesondere ihre rhetorische Frage, ob es nicht anders bewertet werden müsse, wenn Plakate an Bäumen befestigt würden, deren Fällung ohnehin vorgesehen sei.



Die getöteten Ahorne
Foto: BI Baumschutz

Ausverkauf unserer Buchhorst für verschwenderische „Projekte“ und persönliche Genusssucht der Verantwortlichen von der „Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz“

Die o. g. Stiftung SBK vermarktet seit Jahren Bäume aus unserem Nah-Erholungsgebiet Buchhorst und anderen Wäldern. Obwohl das Stiftungsvermögen zum Wohle der Allgemeinheit verwendet werden muss, haben sich jahrelang Einflussreiche der SBK gütlich daran getan.

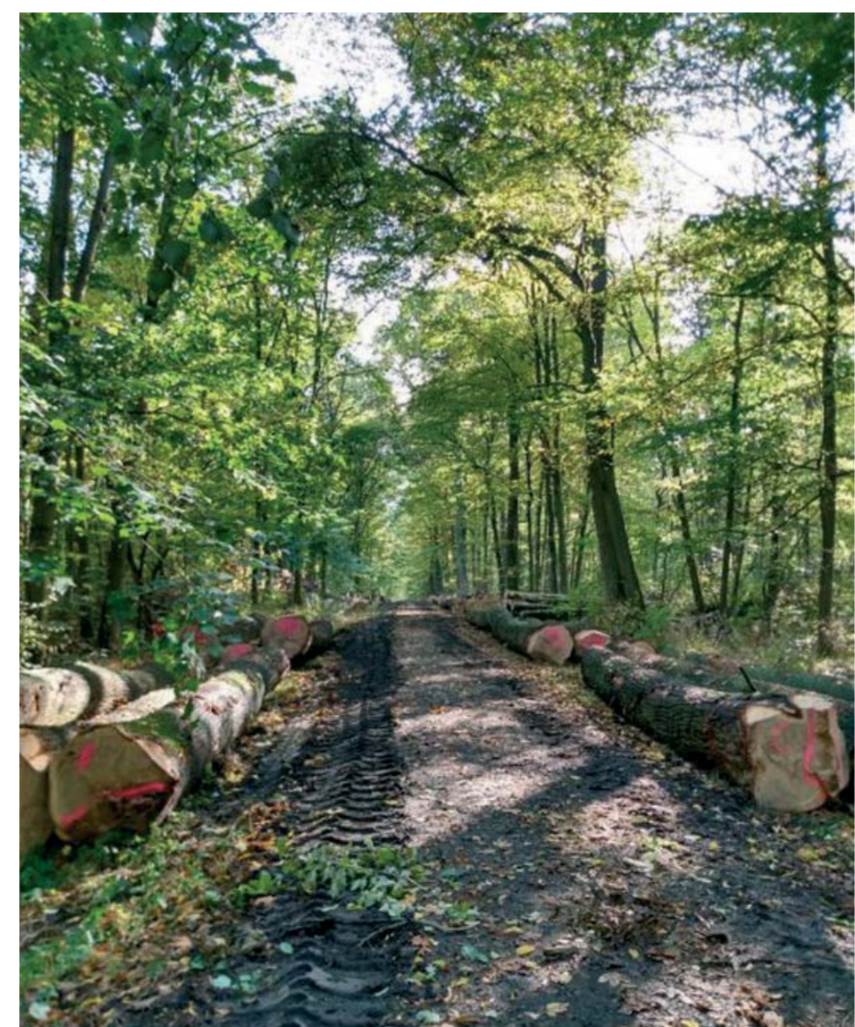


So wurden einige Jahre unter der Präsidentschaft von Dr. Gert Hoffmann und der Direktion von Tobias Henkel unfassbar hohe Summen abgerechnet, die vollkommen unverhältnismäßig waren.

Der niedersächsische Landesrechnungshof beanstandete folgende Auffälligkeiten / Verschwendungen:

Zitat aus „Unser Braunschweig“ April/Mai 2018, Seite 2 „Man gönnt sich ja sonst nichts“, * Teure Dienstreisen: „Von 2013 bis 2015 erledigte der Direktor mehr als 38 Dienstreisen, davon 30 % ins europäische Ausland, u. a. nach Riga, Kopenhagen, Amsterdam und Kristiansand. Der Direktor zahlte mit der dienstlichen Kreditkarte, blieb aber über Jahre Belege für 85 Zahlungen schuldig. Das vom Direktor praktizierte Abrechnungsverhalten (...) verletzt die beamtenrechtliche

Kernpflicht zu gewissenhafter Amtsführung.“ * Aufwendungen für den Präsidenten (Dr. Gert Hoffmann): „Beschäftigung einer Sekretariatskraft (...) auch für private Zwecke. Dienstreisen, bei denen der Bezug zu seinen Repräsentationsaufgaben (...) nicht immer erkennbar war.“ Im Jahr 2011 veranstaltete die Stiftung anlässlich des 65. Geburtstages ihres Präsidenten eine als „Stiftungssymposium“ bezeichnete Festveranstaltung (Kosten 4.400 €). Hierfür fehlte jedoch die dienstliche Veranlassung, weil ein Geburtstag ein privates Ereignis ist.“ * Überdimensionierte Dienstwagen: „Der Direktor fuhr Geländewagen der Oberklasse. In der Landesverwaltung dürfen derartige Fahrzeuge nur für Inhaber von Spitzenämtern (...) beschafft werden. (...) Die Fahrtenbücher der Stiftung wiesen für die letzten Jahre keine



Dienstreifen aus, die den Einsatz von Geländewagen gerechtfertigt hätten.“
Quelle: Niedersächsischer Landesrechnungshof-Jahresberichte 2016 und 2017

Was hat sich geändert, seit 2018 OBM Ulrich Markurth (SPD) die Präsidentschaft in der SBK führt?

Weiterhin wird massiv abgeholzt in der Buchhorst. Aber ebenso werden zahlreiche Bäume vernichtet zum Beispiel im Elm und im Querumer Wald. Gerade große, alte Bäume werden auch jetzt aktuell wieder rigoros vernichtet. Ganze Flächen werden gerodet, Biotop zerstört, Waldboden für lange Zeit geschädigt. Weiterhin vermarktet die SBK unsere Bäume, vernichtet immer weitere Teile unseres Waldes.

Schluss mit der Forstwirtschaft - der Wald soll kein Wirtschafts-Gegenstand mehr sein! Re.

Zweifel an der Klima-Kompensation

Ob in Waggum oder Kalifornien:

Klimakompensation ist ein Instrument zum Klimaschutz, welches dazu dient entstehende Treibhausgas-Emissionen auszugleichen, so Industrie, Behörden und auch Naturschutzorganisationen. Der Ausgleich soll über Einsparungen von Treibhausgasen an anderer Stelle oder durch Speicherung von CO₂ in Kohlenstoffsenken durchgeführt werden. Gesetzlich ist das alles geregelt.

Seit vielen Jahren wird Klimakompensation betrieben – alle sind's zufrieden. Sehen wir doch mal genauer hin, denn wenn ein Wald verschwindet, ein Park, eine Allee oder auch wertvoller Ackerboden oder was sonst noch einen ökologischen Wert hat, dann ist es wichtig, dass die Kompensationsmaßnahme ordnungsgemäß durchgeführt wird und tatsächlich auch wirkt.

In der Regel wird das nicht gemessen. Wissen wir zum Beispiel, ob die Kompensationspflanzungen, die für das Zerstören des Querumer Forstes in Waggum für die Verlängerung der Landebahn des Flughafens Braunschweig/Wolfsburg gewirkt hat. Ja, das wissen wir. Die gepflanzten Bäume sind vertrocknet.

Zwar wurden sie wieder aufgepflanzt und nun soll auch bewässert werden, doch kompensiert wurde bisher gar nichts. Geschweige denn der Verlust an Biodiversität. Der zerstörte Wald und sein Boden ist, so zeigt es sich heute, das Sinnbild für klima-ökologische Desaster einer geplanten Verantwortungslosigkeit.

In der Stadt Braunschweig sind die maßgeblichen Personen weiter „versteinert“, denn die Innenstadt ist fast Grün-frei und in Naturstein belegt. Und nun soll auch noch der Grünbereich des Hagenmarktes dran glauben.

Die Kompensation von Zerstörungsmaßnahmen am ökologischen Gefüge ist im Grunde ein „Ablass“. Der Markt soll es regeln über den CO₂-Zertifikatehandel. Die Marktgläubigkeit ist grenzenlos, daher weiß man längst, dass der Markt die Ressourcen des Lebens und des Überlebens nicht regeln kann. Schon gar nicht langfristig. Weder kommunal wie in Braunschweig noch global.

Besonders deutlich wird das an dem hier verlinkten Artikel: „CO₂-Speicher löst sich in Luft auf“. In den USA brennt derzeit der Wald, der als Kompensation von Firmen für deren CO₂-Ausstoß angepflanzt wurde. Grundsätzlich scheint mit Wald-Kompensation das Klimaproblem nicht lösbar.

„Selbst wenn man jetzt versprechen würde, die Puffer für mehr als 100 Jahre bereitzuhalten, ist es fraglich, ob das überhaupt realistisch ist“, meint Carbon Market Watch. „Der politische, wirtschaftliche und soziale Kontext ändert sich in so einer Zeitspanne – man kann nicht wissen, ob solche Versprechen in der fernen Zukunft eingehalten werden können.“

Uwe Meier



Die braunen Flächen gehören zu den o. g. „Ausgleichsflächen“ für die Vernichtung der 44.000 großen Waldbäume des Querumer Forstes.

Dazu kommt noch, dass die Stadt zwar vorsorglich Kompensationsflächen bereithält, diese aber genutzt werden, z. B. durch Verpachtung (oder die Flächen sind einfach wild bewachsen, was ohnehin für die Natur das Beste ist). Damit sind die Flächen bereits ökologisch sinnvoll genutzt. Im Bedarfsfall würden diese Nutzungen beendet und zerstört (was einen weiteren ökologischen Schaden darstellt), um dann irgendeine andere vorgeblich ökologische Nutzung künstlich darauf anzulegen. Ein schlechtes Beispiel: der Westpark, als Kompensation für den zerstörten Schlosspark, auf dem jetzt das Borek/Hoffmann-Kaufschloss steht. Der war vorher auch schon grün. Noch Eines: als Kompensation für die Autobahn nach WF wurde der

Radweg am Südsee „entsiegelt“, d. h., die Asphaltdecke wurde entfernt und durch eine wassergebundene Decke ersetzt (die den Boden allerdings auch versiegelt). Ca. 20 Jahre später wurde derselbe Weg wieder asphaltiert, als „Kompensationsmaßnahme“, zur Förderung des Radverkehrs. Zum Schaden für die benachbarten Bäume.

Mal sehen, für welche „Kompensation“ der Asphalt als nächstes wieder entfernt wird... Echte Kompensation wäre es, ein ökologisch und klimatisch schädliches Objekt abzureißen und darauf stattdessen einen Park oder besser einen Wald anzulegen.

Gut dafür geeignet wären z. B. das o. g. Kaufschloss, die A2, die A39 ..., der BraWo-Park, die großen Autoparkplätze, Edeka und ALDI an der Hamburger Straße usw.

Edmund Schultz

Hagenmarkt update:

Wir haben die Politik gebeten, Änderungsanträge in unserem Sinne zu stellen. Davon gab es dann im Planungs- und Umweltausschuss des Rates (PIUA) am 4.11.20 sogar fünf! Daraufhin hat der (entscheidungs befugte) PIUA das Thema vertagt, damit die Fraktionen untereinander und mit der Stadtverwaltung verhandeln können.

Die wesentlichen Inhalte:
Erhalt der Robinien: die BIBS und die Linke sind dafür, die Grünflächen ein bisschen, die CDU später mehrheitlich auch. **Teilerfolg!!**
Mehr Bäume: wie vor.
Versiegelung: BIBS, Linke, CDU und SPD wollen lieber die Rasen-/Grünflächen erhalten oder sogar erweitern. Eine Mehrheit! Die BI Baumschutz und die reka

e. V. versuchen, mit allen Fraktionen Gespräche zu führen.

Dabei soll es neben Obigem u. A. auch darum gehen:

- großkronige Bäume statt kleine und mittlere, wie von der Verwaltung geplant
- wieder viele Robinien zu pflanzen
- durch Rundbänke geschützte, ökologisch sinnvoll bepflanzte Baumscheiben

- keine wassergebundenen Decken
- mehr Platz für den Fuß- und Radverkehr
- Verlegung der Haltestelle am Bohlweg nach Norden auf den Hagenmarkt für eine kürzere Umsteigebeziehung zur geplanten neuen Ost-West-Haltestelle
- Verkehrsberuhigung in der Casparstraße und Öffnung für den Radverkehr in beiden Richtungen



Wohn-Anlage mit Tierzerlegung und Fleischverarbeitung



Belieferung des Marktes auf offenen Straßen rund um den Markt

Da möchte wohl niemand gerne wohnen ... Wir berichteten bereits in Ausgabe Nr. 22 über Fleischverarbeitung in einer Wohnanlage auf der Kreuzstraße, trotz ausgewiesener Fahrradstraßen, mit ständigen Verkehrsverstößen, einem Handelsgewerbe ohne Ladezone, Lkw-Entladungen auf der Straße, Markthallen-Ambiente eines Fleisch- und Gemüsegroßhandels inkl. der Müllprobleme ...

Zumutbare oder unzumutbare Gemengelage?

Die Stadtverwaltung versucht die Anwohnerschaft zu beschwichtigen: man erahnt das Problem, dass das vorliegende Verkaufsgeschäft für die Großhändler-Mengen an Waren auf einer viel zu kleinen Fläche - draußen wie drinnen - umschlägt. Man weiß es: Großhändler benötigen eigentlich viel größeren Flächen.

Ein Großhandel ohne Be- und Entladezone?

Die öffentliche Wege werden zugestellt. Da passt auch der behördliche Hinweis zu den Kunden-Parkplätzen

und zerlegter Lämmer zu staatsanwalt-schaftlicher Ermittlung. Das ausgeübte Gewerbe geht demnach über den Handel weit hinaus in Richtung Fleischzerlegungs- und Fleischverarbeitungs-gewerbe. Darauf deuten auch Anwohnerbeschwerden über die Massen von angelieferten Rinderhälften sowie von ganzen Schafen und Lämmern hin. Typische Metzgerei-Gerüche in der Wohnanlage sind die Folge.

Die Stadt verweist bzgl. der Geruchsbelästigungen auf Grenzwerte - so seien keine Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte feststellbar - bloß, darum geht es auch gar nicht. Man riecht es eben, wenn Fleisch in großen Mengen zerteilt und verarbeitet wird. Ähnliches wäre zu den Lärmbelästigungen festzustellen, auch hier seien Lärmeinträge mit Grenzwerten und Messungen kaum zu dokumentieren. Bleibt es also bei weiter ungelösten Beschwerden aus der Anwohnerschaft?

Hygiene-Probleme

Immerhin räumt die Stadt Hygiene-Probleme ein und schreibt von festgestellten Verstößen bei Betriebskontrollen. Die würden aber sofort und kooperativ abgestellt. Das ist nachvollziehbar, wie denn auch sonst - Eskalation mit Betriebs-schließung, etwa? Wohl kaum. So auch zum Hygiene-problem - ja, kann wohl sein, aber „kein erhöhtes Hygienierisiko“. Nun, das Problem wird weiter vertagt, aber zumindest folgt der Hinweis, es „wird der Betrieb nunmehr regelmäßig im Rahmen von risikoorientierten Plankontrollen überprüft“ (Fazit des städtischen Schreibens an die Anwohnerschaft vom 11. September 2020).

Fleischverarbeitung

Neben den öffentlich sichtbaren Problemen von Verkehr und Kundenschaft scheint der Charakter des vorliegenden Gewerbes auch noch über Handel hinauszureichen. So haben die städtischen Kontrollen zum Teil erhebliche Mängel ergeben, es kam zu Nutzungsuntersagung, Nachkontrollen und wegen illegal geschlachteter und in den Verbrauchermarkt verbrachter

kommen. Viele Kunden blieben einfach vor dem Markt im Auto sitzen und fahren dann schnell weg, wenn ZOD, Amt oder Polizei um die Ecke biegen; bliebe dann auch noch die Frage der Zuständigkeit ...

Nun schrieb ein Rats Herr der BIBS an die Stadt

Lieber Herr Dr. Köhler und lieber Herr Drüber, sie merken ja selbst, wie unangenehm die Lage vor Ort seit Jahren ist. Lassen Sie uns über eine Lösung nachdenken und nicht nur die vielen Beschwerden, die Sie ja durchaus einräu-

Bis dahin verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Peter Rosenbaum, BIBS-Fraktion



Mehr Informationen und Bilder siehe QR-Code.



Zoonosen-Aktionstag von ARIWA in Braunschweig



Am 19.09.2020 hat unsere ARIWA-Ortsgruppe Braunschweig aus Anlass der COVID-19-Pandemie im Rahmen eines Aktionstags auf die Ursachen von Infektionskrankheiten aufmerksam gemacht.

„Solange Menschen Fleisch essen, besteht auch die Gefahr von Infektionen“, kommentierte ein WHO-Sprecher den Ausbruch der Corona-Pandemie. Wissenschaftliche Studien zeigen seit Jahrzehnten, dass neue Krankheitserreger sehr häufig von Tieren stammen. Bereits im Jahr 2001 ergab eine Metastudie der Universität Edinburgh, dass es sich bei 75 % aller neu auftretenden Infektionskrankheiten, die gefährlich für den Menschen sind, um Zoonosen handelt.

Aufgrund der Zerstörung von Regenwäldern für die industrielle Landwirtschaft, insbesondere den Anbau von

Futtermitteln auch für die hiesige Nutztierhaltung, wird die einheimische Bevölkerung zur Nahrungsbeschaffung immer tiefer in die Urwälder gedrängt. Zugleich vertreibt die Vernichtung von Lebensräumen Tiere aus den Wäldern heraus. Beides leistet dem Überspringen hoch infektiöser Krankheitserreger auf Mensch und Tier Vorschub.

Experten wie der Epidemiologe Prof. Dr. Oliver Razum, Leiter der Arbeitsgruppe „Epidemiologie und International Public Health“ an der Universität Bielefeld warnen zudem, dass auch die fehlende genetische Vielfalt sowie die steigende Zahl der Tiere in der Nutztierhaltung Epidemien begünstigen, um Zoonosen zu fördern.

Auch der Virologe Christian Drosten sieht das Problem im „Fleischhunger der sich ausweitenden Gesellschaft“.

Die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO wies zudem bereits 2008 eindringlich darauf hin, dass die industrielle Nutztierhaltung eine große Gefahr in Bezug auf neue Krankheitserreger darstellt.

Im Rahmen unseres Aktionstags konnten wir viele gute Gespräche führen und zahlreiche unserer Zoonosen-Flyer verteilen. Besonders in Erinnerung geblieben ist uns ein kleines Mädchen, das sich aus Liebe zu den Tieren vegetarisch ernährt und, so die Mutter, den Verwandten „bereits die Wurst madig“ mache. Anschließend zückte das Mädchen sogar noch sein Portemonnaie, um 2,50 € seines Taschengeldes in unsere Spendendose zu stecken.

Möchten auch Sie auf dem eigenen Teller einen wertvollen Beitrag zur Vorbeugung gegen weitere Zoonosen leisten und Ihre Ernährung tier-, umwelt- und klimafreundlicher gestalten? Dann erhalten Sie hier wertvolle Tipps: <https://vegan-taste-week.de/> Oder haben Sie vielleicht sogar Lust, sich mit uns gemeinsam für Tierrechte zu engagieren? Wir freuen uns auf Ihre Nachricht!

Kontakt: braunschweig@ariwa.org, <https://www.ariwa.org/> Mobil: Dirk Jessen, (01 57) 81 69 41 54



Bücherschrank auf dem Tostmannplatz

Es ist soweit! Knapp zwei Jahre nach dem Beschluss im November 2018 ist er da: der offene Bücherschrank auf dem Tostmannplatz. Er wurde Mitte Oktober aufgestellt und am 30.10. (corona- und wetterbedingt in kleiner Runde) offiziell eröffnet (siehe Foto).

Finanziert wurde der Schrank aus bezirklichen Mitteln, mit Leben (bzw. Büchern) füllen wir alle ihn! Die Bücherpaten, die alle in unmittelbarer Nähe des Schrankes wohnen, werden sich für euch darum kümmern, dass es immer etwas interessantes zu Lesen gibt und der Inhalt des Schrankes ansprechend gestaltet ist. Also kommt

vorbei, schaut rein, nehmt ein Buch nach oder stellt eins rein. Vielleicht hilft es ja auch in dieser besonderen Zeit, die durch Abstand und Vorsicht geprägt ist, sich die Zeit zu Hause mit einem schönen Buch zu verstüßeln. Auch das ein oder andere Gespräch kann, mit etwas Abstand, bei dem Schrank sicherlich stattfinden. Auf jeden Fall ist die Freude bei den Anwohnern groß, dass es endlich ein schönes Highlight auf dem Tostmannplatz gibt. Die Resonanz ist groß, der Schrank ist bereits gut gefüllt und bietet viel neuen Lesestoff.

Sabine Bartsch, stellv. Bezirksbürgermeisterin Schunterau



Fridays for Future - Die Klimabewegung geht in die zweite Runde!



In den vergangenen Monaten schien es ruhig geworden zu sein um die Fridays for Future-Bewegung. Das änderte sich schlagartig mit dem globalen Klimastreik am 25.09.20, als allein in Deutschland über 200.000 Menschen unter dem Motto „#Kein-Grad-Weiter“ auf die Straßen gingen. Weltweit gab es auf jedem Kontinent online und offline Demonstrationen und Aktionen. In Braunschweig waren mehr als 1.000 Menschen auf

dem Schlossplatz, wo neben spannenden Redebeiträgen und Musik der Braunschweiger Band MANIAX auch die Möglichkeit bestand, an Aktionspunkten selbst aktiv zu werden. Im Anschluss gab es zwei Demos: zu Fuß durch die Innenstadt und per Rad zum Kohle-Heizkraftwerk Mitte. Die beiden Demozüge kreuzten sich an der Jaspérallee. Doch auch abgesehen vom globalen Streik war FFF aktiv! Wir haben die vergangenen Monate

Was sind eigentlich „Kippunkte“?



Zu dieser Frage hat FridaysForFuture am 28.08. eine phantasievolle Aktion auf dem Schlossplatz durchgeführt, um auf die Auswirkungen der Klimakrise aufmerksam zu machen. Es ist sehr wichtig, die globale Erwärmung auf 1,5° C zu begrenzen, damit verschiedene Kippunkte beim Klima nicht überschritten werden. Zur Veranschaulichung hatten die „Fridays“ übergroße Dominosteine gebastelt, die nacheinander umgefallen sind. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Re-

debeitrag des Meereswissenschaftlers Stephan Moldzio, Scientists4Future: „Als Kippelemente werden wichtige Bestandteile des Erdsystems bezeichnet, welche beim Überschreiten bestimmter Grenzen oder eben „Kippunkte“ relativ abrupt und z. T. unumkehrbar in einen neuen Zustand „umkippen“ können. Beispiele für diese Kippelemente sind die Eisschilde Grönlands und der Westantarktis, das polare Meeresspiegel, die borealen Wälder, die Korallenriffe oder die ge-

frorenen Methanhydrat in den Permafrostböden und Kontinentalschelfen der Ozeane. ... Bei den Kippelementen im Klimasystem setzt nach einer zuvor quantitativen Entwicklung ... ab einem bestimmten Punkt eine schnelle, nicht-lineare Entwicklung ein, die in eine neue Qualität umschlägt: In einen neuen, ebenfalls wieder relativ stabilen Gleichgewichtszustand. ... So wie bei Euren Dominosteinen. Durch positive, d. h. selbstverstärkende Rückkopplungseffekte kann also eine kaskadenartige Entwicklung in Gang gesetzt werden, die wesentlich unsere Lebensgrundlagen untergräbt: Klimazonen verschieben sich, der Meeresspiegel steigt und ganze Küstenregionen werden überflutet. Extremwetterereignisse, wie Dürren, Überschwemmungen, Stürme, werden häufiger und intensiver, die Nahrungsmittelproduktion – ja ganze Ökosysteme können zusammenbrechen.“ Hier der komplette Redebeitrag zum Download: <https://bit.ly/2Ud2qOw>

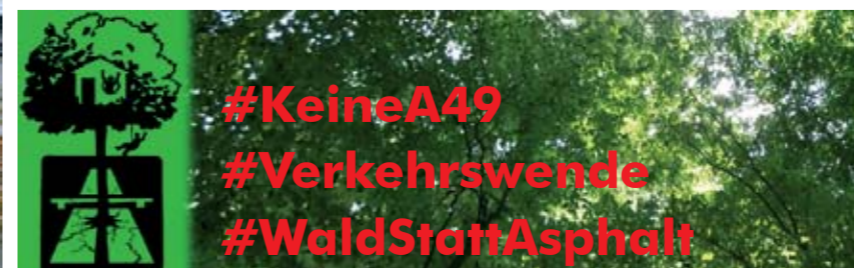


Als der letzte Dominostein umfiel, legten sich auch die Klimademonstrant:innen auf den Boden für die Dauer eines Redebeitrags

Fünf Baumschützer*innen verletzt

Viele Braunschweiger*innen und Initiativen unterstützen die Besetzer*innen des „Danni“. Die Räumung erfolgt mit massiver Polizeigewalt und unter Gefährdung von Menschenleben durch die schwarz-grüne Landesregierung. Fünf Baumschützer*innen wurden zum Absturz gebracht und teils schwer verletzt (Stand 22.11.20), weil sie sich mit Baumhäusern für eine Verkehrs-wende und gegen den Bau der A49 durch einen 300jährigen gesunden Mischwald einsetzten. Es geht um 100

ha Wald in einem wichtigen Trinkwasser- und FFH-Naturschutzgebiet. Die A49 soll Gießen und Kassel verbinden und parallel zur bestehenden Verbindung A5/A7 gebaut werden. Seit 40 Jahren gibt es Widerstand gegen dieses verkehrspolitisch unsinnige und ökologisch schädliche Bauvorhaben. Bürgerinitiativen weisen auf die untragbaren Auswirkungen für Umwelt und Menschen in der Region sowie auf Mängel in der Planung hin und organisieren Proteste – bisher leider ohne großen Erfolg.



Die Besetzer*innen wollen nun die Rodungen verhindern und den Bau der A49 stoppen. Wir auch! Unterstützung durch Geld- und Sachspenden: <https://is.gd/ZIEtg6>



#Danni bleibt



genutzt, um die lokalen Forderungen zu überarbeiten und Antragsvorschlüsse an die Ratsfraktionen zu formulieren. Eine erste Version des Forderungspapiers entstand im Mai 2019, damals unter Zeitdruck. Nun wurde es aktualisiert, konkretisiert und mit Beispielen, Maßnahmenvorschlägen und Vorbildern für die einzelnen Aspekte ergänzt. Die ersten überarbeiteten Abschnitte (die Kernforderungen sowie drei Detailpapiere) sind bereits auf der Webseite der Braunschweiger Ortsgruppe zu finden. Im Sommer kommt wir mit unseren Antragsvorschlägen zu Pocketparks, einer Umstellung aller städtischer Gesellschaften auf Ökostrom und der Vorgabe einer Berücksichtigung des Klimas in Beschlussvorlagen der Verwaltung schon erfolgreich breite Mehrheiten gewinnen. Nun werden neue Vorschläge in den Stadtrat eingebracht. Sie beziehen sich u. a. auf die Zielsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2.0, eine weitgehend Pkw-freie Innenstadt zusammen mit dem Aufbau klimaneutraler Alternativen und auf die klimagerechte Umgestaltung von Gebäuden und des öffentlichen Raums. Damit unterstützen sie die



Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben



Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat keine Partei einen Plan zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels. Weil sie auch keine Forschung dazu in Auftrag geben, mussten wir die Situation selbst in die Hand nehmen. Über die Ergebnisse unserer gemeinsamen Studie mit dem Wuppertal Institut kannst Du hier lesen. Immer wieder ist uns aufgefallen, dass nicht nur keine Partei 1,5-Grad-Politik betreibt, sondern dass viele gar keinen Plan haben, welche Klimaziele und Maßnahmen es für 1,5 Grad eigentlich bräuchte - und es absurderweise auch nicht von Wissenschaftler*innen untersuchen lassen.

Deswegen haben wir selbst eine Studie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis zeigt klar: Wir können 1,5-Grad noch einhalten! Es sind weniger die technischen Grenzen, die im Weg stehen. Über den Erfolg oder Misserfolg im Aufhalten der Klimakrise entscheidet der gesellschaftliche und politische Wille. Wir können die Klimakrise noch stoppen, bevor sie unaufhaltbar wird! Das Wuppertal Institut schreibt, das berechnete Restbudget an CO2 könne nur eingehalten werden, wenn "Deutschland bis etwa zum Jahr 2035 CO2-neutral wird und [...] wenn die Emissionen schon in den unmittelbaren vor uns liegenden Jahren besonders stark sinken". Das Erreichen von CO2-Neutralität wäre "bis zum Jahr 2035 aus technischer und ökonomischer Sicht zwar extrem anspruchsvoll [...], grundsätzlich aber möglich". "Ist [der gesellschaftliche und politische Wille] gegeben, stehen der Ziel-

die Fridays for Future-Ortsgruppe, eine Klimaneutralität Braunschweigs bis 2030. Gehandelt werden muss jetzt. Die Ziele der Bundesregierung sind nicht mit dem 1,5°-Ziel vereinbar, auch nicht mit einem 2°-Ziel. Doch die Wichtigkeit und Machbarkeit des 1,5°-Ziels belegt auch die Studie, die das Wuppertal Institut im Auftrag von Fridays for Future Deutschland veröffentlicht hat. Klimaschutz und Klimagerechtigkeit beginnen aber schon auf Kommunalebene. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in Braunschweig wirksamer Klimaschutz betrieben wird.

Nele Evers, Fridays for Future Braunschweig



erreichung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen“, schreiben die Wissenschaftler*innen. Der gesellschaftliche Wille ist da, die Unterstützung unserer Forderungen enorm - jetzt liegt es an den Politiker*innen aller Parteien, endlich faktenbasiert über das Klima zu sprechen. Keine Partei hat ein Jahr vor der Bundestagswahl einen Plan zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels! In den Wahl- und Grundsatzprogrammen sind nur klaffende Lücken, wenn es um die tatsächliche Umsetzung der Versprechen von Paris geht.

Die Ergebnisse der Studie machen klar, dass unsere Arbeit wichtiger denn je ist. Die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse werden sich nur verändern, wenn wir uns organisieren, Druck aufbauen und weiter auf die Deutschen und das Versagen der deutschen Klimapolitik hinweisen. Unser Auftrag bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus ist klar: Wir dürfen nicht nachlassen. Also bleibt gespannt auf die nächsten Wochen und Monate, wir haben noch einiges vor! Together we rise up!

Svenja Kann, Fridays for Future, Forderungen AG <https://bit.ly/32xDvtn>

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern. Spendenkonto: Bürgerinitiative „Stichwort „Spende“. Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar! BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195 Braunsch. Landesspark. 250 500 00 IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Impressum Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) redaktion@buergernitiativev-braunschweig.de VStdP: Werner Barnstorff, Pregehlstraße 8, 38120 Braunschweig Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach, Edmund Schultz Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH Christian-Pommer-Strasse 45, 38112 BS



Belastete Denkmale in BS – Eine „Heldenhose“ als Reliquie

auch Straßennamen kritisch prüfen

Führt man im Süden der Stadt durch Stöckheim, so findet man im Wohnquartier Straßenschilder mit den Namen bekannter deutscher SchriftstellerInnen.



So tauchen u. a. auch Straßennamen der Schriftstellerinnen Ina Seidel und Agnes Miegel auf. Keine Frage, beide waren bedeutende Kulturschaffende des 20. Jahrhunderts. Bei näherer Beschäftigung mit den Biografien stellt sich jedoch heraus, dass sie in enger Verbindung zur NS-Ideologie und zum Führerkult standen. Ina Seidel und Agnes Miegel gehörten zu einer Gruppe von 88 Autoren, die 1933 Adolf Hitler ein „Gelöbnis in treuester Gefolgschaft“ unterschrieben. Im Gedicht „Lichtdom“ beteiligte sich Ina Seidel 1941 am Führerkult. 1939 schrieb sie unter der Rubrik „Deutsche huldigen dem Führer“, vom „...

einen Auserwählten ...im Werk Adolf Hitlers.“ In der Biografie von Agnes Miegel sind entsprechende Aussagen zu finden, die eine äußerst positive Haltung zur NS-Ideologie unterstreichen. Nein, diese Schriftstellerinnen waren zwar keine Täterinnen, aber sie unterstützten durch ihre Haltung und ihr Handeln ein menschenverachtendes Regime. Es wäre respektvoller gegenüber den vielen Opfern gewesen, diese Straßennamen wegzulassen oder durch Namen deutscher Schriftsteller zu ergänzen, deren Werke bei der NS-Bücherverbrennung vernichtet wurden. Es stellt sich die Frage: Wählte man den Straßennamen Ina Seidel in der Bauphase der 1950er Jahren in einer Zeit, in der die Aufarbeitung der NS-Zeit noch kein Thema war oder herrschte in einigen Köpfen noch das Denken aus der vergangenen dunklen Zeit? Die Agnes-Miegel-Straße jedenfalls entstand im Baugebiet der 80er Jahre. War das Thema NS-Zeit da schon wieder vergessen? Antworten auf diese Fragen sollten daher verstärkte Diskussionen über eine Umbenennung dieser Straßennamen sein. *Helmut Rösner*

Identitäre Heldenverehrung mit Denkmälern des „Schwarzen Herzogs“, dann gibt es auch noch den Schwarzen Herzog als wiederaufgestelltes Reiterdenkmal vor der Schloss-Fassade - warum haben monarchistische Kreise in Braunschweig diesen Einfluss?

Auch darüber muss gesprochen werden, wenn im Kulturausschuss auf Antrag der BIBS über „Denkmäler“ verhandelt wird.

Landesmuseum antwortet nicht

Die Redaktion fragte beim Landesmuseum im August und



im Oktober 2020 zweimal nach:

„Frau Dr. Pöppelmann, Frau Dr. Klein, Herr Dr. Otte, ist der Fürst Friedrich Wilhelm, der in Braunschweig den jüdischen Mitbürgern z. B. nach der napoleonischen Zwischenherrschaft die Bürgerrechte wieder aberkannte, überhaupt als Vorbild geeignet? Wenn ja, für wen: - für Kinder und Jugendliche? - für die Zivilgesellschaft? Welche Vorbildfunktion hat der Heldenkult - bis in den Heldenod - für die Braunschweiger*innen?“

Wenn ja, für wen:

- für Kinder und Jugendliche?
- für die Zivilgesellschaft?
Welche Vorbildfunktion hat der Heldenkult - bis in den Heldenod - für die Braunschweiger*innen?“

Es kam keine Antwort.

Der schwarze Herzog weder Held noch Vorbild, aber keiner soll es merken? *red*

Wo der Schwarze Herzog lagerte



Heide Pöppelmann (links), Direktorin des Landesmuseums, und Angela Klein, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Museums, stehen an der Friedrich-Wilhelm-Denkmal in der Straße Am Neuen Petzow. Foto: Peter Sierack

„Darf der Nazi-Prinz die Beute behalten?“

... fragte die Wiener Volksstimme am 30.9.1945.

Nach dem Abgang ins Exil hatte sich das Braunschweigische Herzogpaar Ernst-August und Victoria-Luise bereits 1933 mit Adolf Hitler und den Nazis verbündet und nach Anschluß Österreichs 1938 einen beispiellosen Beutezug an jüdischem Eigentum begonnen.

Es folgten die Verstrickungen des „edlen Welfengeschlechts“ in die tödliche Ausbeutung der KZ-Zwangsarbeiter im KZ-Außenlager „Gusen“ des KZ Mauthausen.

Gezerre ums richtige Gedenken

Immer wieder wird in Braunschweig versucht, diese unangenehmen Seiten der Welfen schönzureden und zu kaschieren. Man denke nur an die „Hochzeitsfeierlichkeiten“ von Victoria Luise 2013, an die borek'sche Umgestaltung der Stadt zur Residenzstadt, von Jasperallee bis Schloss-Museum, als hätte es die dunklen Seiten nicht gegeben.

DOKUMENTATION zu den NS-Geschäften und Kriegsverbrechen des letzten Herzogs von Braunschweig.

Wir berichteten in der letzten Ausgabe Nr. 24 von „Unser-Braunschweig“ über Presse-Anfragen ans Fürstenhaus sowie an hiesige Historiker*innen. Sehen Sie hier die Antworten vom Erbprinzen, sowie vom BS-Geschichtsverein (Dr. Brage Bei der Wieden), Kulturdezernat (Dr. Anja Hesse), Stiftung BS Kulturbesitz, Historisches Seminar der TU (Dr. Steinbach), Institut Regionalgeschichte (Dr. Kubetzky/Dr. Biegel) sowie vom Arbeitskreis Andere Geschichte (Frank Ehrhardt) in der Dokumentation. QR-Code + Erhältlich auf Papier auch samstags am BIBS-Infostand auf dem Kohlmarkt.

Weder Glanz, noch Gloria

Vater und Sohn Ernst-August sind nach dem 2. Weltkrieg für ihre Verwicklungen in Kriegsverbrechen der Nazis nicht belangt worden, wohl vor

allem wegen dynastischer Verbindungen zum englischen Königshaus. Bereits nach dem 1. Weltkrieg musste sich das Regentenpaar Ernst-August und Victoria-Luise für die Kriegsverbrechen Braunschweigischer Truppen im belgischen Ort „Roselies“ nicht verantworten.

Für eine Glorifizierung der Welfen in Braunschweig besteht keinerlei Veranlassung.



Ernst-August, 1933, Sohn des braunschweigischen Regentenpaares Ernst-August und Victoria-Luise, trat bereits im Jahre 1933 in die SS ein.

Evangeliar plötzlich weg

Diebstahl staatlichen Kulturgutes

Knapp an der Anklagebank wegen Kriegsverbrechen vorbeigeschrammt schafften die Welfenchefs Ernst-August (Vater oder Sohn) nach '45 wertvollstes Kulturgut außer Landes - KEINE REUE. Erst 1983 tauchte das damals weltweit teuerste Buch, das Evangeliar, zur Versteigerung bei Sotheby's in London wieder auf und musste für 32,5 Mio. Mark vom Bund nach Deutschland zurückgekauft werden.



Rechts-lastiger Pastor der Ulrici-Kirche ausgebremst ...

In regelmäßigen Abständen verbreitet die Braunschweiger Zeitung etwas zur Heldenverehrung rund um den Schwarzen Herzog.

So wurde in der BZ vom 15.6.2020 eine Fahnen-Weihe durch Pfarrer Frank-Georg Gozdek in der Ulrici-Brüderkirche für das „Herzoglich-Braunschweigische Feldkorps“ angekündigt, wozu es nach inner-kirchlicher Intervention aber nicht mehr kam. Der Pastor wurde ermahnt, die Kirche segne nur Menschen und keine Fahnen.

„Vorbildfunktion“ für heutige Bürger?

Aber das Problem reicht in Braunschweig und bei der Tages-Zeitung wohl noch viel tiefer. So geht das nun schon seit 8 Jahren mit Ehrenfeiern nicht nur wie aktuell in der Ulrici-Kirche, sondern auch z. B. im Februar 2012 mit einem Einmarsch in die Dornse des Altstadtrathauses unter Hipp-Hipp Hurra, hurra, hurra - Rufen unter Regie von Ex-OB Hoffmann, Henning Borek und des Welfen Prinzen Heinrich von Hannover. (BZ-Redakteur Noske berichtete in der BZ vom 9.2.2012)

Das ist schon nicht mehr nur geschichtliche Aufarbeitung, sondern eher Verherrlichung deutsch-nationaler Identitäten und passt in die Glorifizierung fürstlicher Autokraten mit Heldenverehrung um den Schwarzen Herzog. Von kritischer Distanz keine Spur. Leitende Herrschaften nehmen bis heute z. B. im Braunschweigischen Geschichtsverein, Boreks Residenz-

Wächter gegen links

Bereits vor 9 Jahren veröffentlichte Pfarrer Godzek in der Neo-Nazi Zeitschrift „Junge Freiheit“ seine politischen Überzeugungen. Den Kirchen warf er damals schon vor, mit Linksextremisten zusammenzuarbeiten. In letzter Zeit habe sich eine „Volksfront gebildet, an der Genosse Stalin und Ernst Thälmann ihre Freude gehabt hätten“. Mitten drin seien dabei die Kirchen, bei der die Fäden zusammenliefen, kritisierte Gozdek.

Die Kirche müsse zwar ihr „Wächteramt gegenüber dem rechtsextremen Ungeist wahrnehmen“, dürfe dabei aber nicht mit „Parteien wie der LINKEN, der DKP, sogenannten 'Antifaschisten' und anderen linken Gruppen“ zusammenarbeiten, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt verharmlosten und militant gegen die Lebensrechtbewegung vorgingen, warnte der Theologe. Er erinnerte auch an die massive Verfolgung, die Christen in der DDR und anderen kommunistischen Ländern erdulden mußten. Was „Antifaschismus“ dieser Art bedeute, habe er im vergangenen Jahr beim „Marsch für das Leben“ in Berlin am eigenen Leibe erlebt, als „maskierte Feiglinge unter der schwarz-roten Fahne Christen mit Faschisten gleichsetzten und sich nicht scheuten, selbst Frauen und Kinder einzuschüchtern.“ *red*

Nachruf auf den letzten Überlebenden Zwangsarbeiter von Mauthausen/Gusen

Weitere Nachfragen stellte die Redaktion an den Erbprinzen von Hannover und einige Historiker.

Am 3. Oktober 2020 ist der letzte spanische Überlebende des Konzentrationslagers Mauthausen verstorben. Juan Romero wurde 101 Jahre alt und lebte in Ay, Frankreich. Er wurde 1919 im andalusischen Córdoba geboren und schloss sich schon als 17-Jähriger den Republikanischen Streitkräften an, um im Spanischen Bürgerkrieg gegen die Faschisten zu kämpfen.

Nach dem Sieg Francos floh Romero nach Frankreich, geriet 1940 in deutsche Kriegsgefangenschaft und wurde 1941 in das Konzentrationslager Mauthausen deportiert. Mehr als 100.000 Menschen wurden in dem größten KZ auf österreichischem Gebiet getötet.

Viele von ihnen wurden zur Zwangsarbeit in den Außenlagern des KZ Mauthausen, in Gusen und zuvor auch in Wels eingesetzt, wo sie vor allem

auch für arisierte Firmen des Welfenhauses in der Flugzeug-Metallbau-firma FMW in Wels sowie ab 1943 auch in Gusen für die Baufirma Porr arbeiten mussten.

Unsere Fragen an den Erbprinzen von Hannover:

1. Finden sich Unterlagen in Ihrem Archiv zu Juan Romero als ggf. eingesetzten Zwangsarbeiter in Welfen-Firmen, vor allem der Flugzeug Metallbauwerke FMW und der Bau-firma Porr AG, die im Falle der Porr AG noch bis in die 90er Jahre mit wesentlichen Anteilen dem Welfenhaus gehört haben sollen?
2. Falls ja, wurde Juan Romero als ehemaliger Zwangsarbeiter, oder wurden dessen Angehörige vor allem nach 1945 kontaktiert, gewürdigt oder entschädigt?
3. Wurden andere Zwangsarbeiter der

Welfen-Firmen oder deren Angehörige vor allem nach 1945 kontaktiert, gewürdigt oder entschädigt?

Der jetzige Chef des Welfenhauses, Ernst-August, Erbprinz von Hannover antwortete auch diesmal ahnungslos am 29.10.2020:

„Wie Sie wahrscheinlich wissen, habe ich die erhaltenen Unterlagen der Betriebe meiner Familie aus der NS-Zeit zur historischen Untersuchung durch Frau Prof. Rauh und ihr Team vor einigen Jahren an das Niedersächsische Staatsarchiv abgegeben.“

